Muhasası 5 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1.75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Hariç için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R M yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)

ILANAT

1. Sahifede: santimetresi 100 Kuruş
2. " " 75 "
3. " " 50 "
4. " " 30 "

İdarehane:
Tekke Cadesi No 585ve 587
Telgraf adresi Türkpost
Telefon Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu Galata 269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd. 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8.50 T. Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13.- R.-Mark, 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto. Inserate 1 Seite 1 cm 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch.

(INLANDSPREISE)

Geschäftsleitung:
Tekke-Strasse Nr. 585-587
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr. Pera 209 u. 210
Postfach Galata 269

5 Jahrgang Nr. 184 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Montag, 7. Juli 1939

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

SERVICE

Wie Stalin die Partei geführt wissen will.

Moskau, 4. Juli.

Den Angriff gegen die Opposition hat Stalin in seiner grossen Rede über die Lage der Sowjetunion und der Partei an den Schluss gesetzt. Nach der Darlegung des auf der „Generallinie" erreichten wies er darauf hin, dass diese Errungenschaften nicht ohne Kämpfe erzielt worden wären. Der „in breiter Front" geführte Angriff gegen die kapitalistischen Elemente hätte Widerstand gefunden und „es wäre lächerlich zu glauben, dass ein solcher Widerstand nicht auch in den Reihen unserer Partei seinen Widerhall gefunden hat". Stalin charakterisiert dann die drei Arten der Opposition: die „Rechtsabirrung", den Trotzkismus und den „nationalen Chauvinismus". Seiner Darlegung nach ist die Rechtsopposition die gefährlichste und ziffernmässig stärkste „Abirrung". An ihrer Spitze „standen oder stehen die Genossen Bucharin, Rykow und Tomski". Der gefährlichste Irrtum dieser Gruppe besteht darin, dass sie die Sozialisierung still und friedlich und ohne Klassenkampf" durchführen wollte und sogar in der Wahnvorstellung lebte, dass der Kulak in das Sowjetsystem „hineinwachsen" könnte. Ein Sieg der Rechtsopposition in der Partei würde „Abrüstung der Arbeiterklasse und Bewaffnung der kapitalistischen Elemente im Dorf" bedeuten. Das Wesen des Trotzkismus sieht Stalin in der Ableugnung der Möglichkeit eines sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion durch die eigenen Kräfte der Arbeiter und Bauern. Die ganze trotzkistische Gruppe sei längst antiproletarisch und sowjetfeindlich und unterrichte die Bourgeoisie über die inneren Angelegenheiten der Partei. Beide Oppositionsgruppen müssen nach Stalins Meinung schonungslos niedergerungen werden. Der „nationale Chauvinismus" zeigt sich laut Stalin in zwei Gruppen: einerseits versucht der „grossrussische" Nationalismus die volle Gleichberechtigung, welche die Partei allen Nationalitäten der Sowjetunion gewährleistet, wieder abzubauen; andererseits versuchten manche Völkerschaften der Sowjetunion sich eigensinnig abzusondern und „den allgemeinen Strom der Sozialisierung an sich vorbei zu leiten". Es müsse selbstverständlich die eine wie die andere Strömung bekämpft werden. Stalin warnte dann weiter vor einer gewissen gutmütigen Vergesslichkeit, die sich darin zeige, dass manche Parteigenossen angesichts der Erfolge jetzt die vielen Sünden und Fehler der Opposition vergeben und vergessen wollten. Eine solche Haltung wäre indessen schwächlich und unzulässig, denn die Partei habe gesiegt, weil sie nie von ihren Grundsätzen abgewichen sei und „sich niemals zu Plänchen hinter den Kulissen und diplomatischer Geschäftsmacherei erniedrigt hat." — Besonders bemerkenswert erscheinen in diesen Ausführungen Stalins die Hinweise auf die Führerschaft Rykows, Bucharins und Tomskis in der Rechtsopposition. Wenn Stalin jetzt sagt, dass diese Parteimitglieder an der Spitze der Opposition nicht nur gestanden haben, sondern auch „stehen", so wird dadurch besonders deutlich unterstrichen, dass in den massgebenden Kreisen die Unterwerfungserklärungen der genannten Führer als unzureichend angezweifelt werden.

Unsere Bezugs-Preise

für Istanbul und die übrige Türkei sind vom 1. August d. Js. ab:

für 1 Monat: T. Pfd 1.50
„ 3 Monate: „ „ 4.25
„ 6 „ : „ „ 8.—
„ 12 „ : „ „ 15.—

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50.— Piaster.

Türkei-Italien.

Der italienische Botschafter ist aus Ankara hier eingetroffen. Er wird sich einige Tage in Therapia aufhalten und dann nach Ankara zurückkehren. Der Botschafter erklärte unserem Berichterstatter bezüglich der zwischen der Türkei und Italien schwebenden Inselfrage, dass das von beiden Staaten beim Haager Schiedsgericht eingereichte Entscheidungsgesuch zurückgezogen worden sei. Die beiden Regierungen wollten die Frage auf direktem Wege erledigen. In seinen Besprechungen mit Tewfik Rüschdi Bej habe er auch eine beide Teile befriedigende Lösung dieser Frage erzielen können. Die Inseln selbst seien eigentlich ohne jede besondere Bedeutung. Es handle sich einfach um einige Felsstücke. Eine Teilung dieser Inseln sei durchaus möglich.

Die bisher noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über den Handelsvertrag würden bis zum Herbst erledigt werden. Auf eine Frage des Berichterstatters ob der König von Italien demnächst nach Stambul kommen werde, erwiderte der Botschafter, dass er hiervon noch keine Kenntnis hätte, doch sei es möglich, dass der König gelegentlich seiner Reise nach Bukarest zu den Krönungsfeierlichkeiten auch hierher komme. Der italienische Kreuzer „Pisa" würde am 15. August Stambul besuchen und einige Tage hier bleiben. Auf dem Schiff befinde sich ein Mitglied der königl. Familie, der Herzog von Ankona.

Ein Streit innerhalb der russischen Kirche.

Paris, 5. Juli.

In Paris sagt ein Eparchial-Kongress der russischen Kirche der Emigration, an welchem ausser anderen Geistlichen 5 Bischöfe teilnehmen. Die Hauptfrage, mit der sich dieser Kongress zu befassen hat, betrifft die vom Moskauer Metropoliten Sergius erlassene Verfügung, laut welcher der Leiter der Emigranten-Eparchie Metropolit Eulogius angewiesen wird, von diesem Posten zurückzutreten und ihn dem ebenfalls in der Emigration lebenden Erzbischof Wladimir zu überlassen. Die Pariser Tagung hat nun beschlossen, gegen diese von Moskau ausgegangene Verfügung zu protestieren und den Metropolitien Eulogius auf seinem Posten zu belassen. Es war besonders der Graf Kokowzew, der ehemalige russische Ministerpräsident, der sich für diesen Beschluss einsetzte und auch der Erzbischof Wladimir schloss sich dem an, lehnte somit die ihm zugedachte Erhöhung ab. Der Moskauer Metropolit Sergius soll durch ein Schreiben ersucht werden, seine Verfügung zurückzunehmen. Die Vorgeschichte dieser Angelegenheit steht im Zusammenhang mit der ganzen Lage der Kirche in der Sowjetunion. Der Metropolit Sergius hat die Absetzung des Leiters der Emigrations-Eparchie Eulogius nämlich deshalb verfügt, weil dieser an der Protestaktion gegen die Verfolgung der Kirche im Sowjetstaat teilgenommen hat. Es ist leicht zu ersehen, dass der Metropolit Sergius zu seiner Verfügung in ähnlicher Weise veranlasst worden ist, wie seinerzeit zu der bekannten Erklärung, dass es im Sowjetstaat keine Kirchenverfolgung gebe. Der Metropolit Eulogius hat bisher versucht, den Zusammenhang mit der Kirche in Russland zu wahren, um keine Spaltung eintreten zu lassen. Sollte aber jetzt der Moskauer Metropolit seinen Befehl nicht zurücknehmen — was nach Lage der Dinge zu erwarten ist — so dürfte es zu dieser Spaltung aller Voraussicht nach doch kommen.

Ein englisches Flugzeug abgestürzt.

London, 6. Juli (A.A.)

Aus Rangun wird gemeldet, dass die beiden Flieger Hook und Matthews die mit ihrem Flugzeug von London nach Australien zu fliegen beabsichtigten, in der Nähe von Taungup abgestürzt sind.

Zur Interparlamentarischen Konferenz in London.

Athen, 6. Juli (A.A.)

Die griechische Delegation zur Interparlamentarischen Konferenz in London ist heute unter Führung von Papanastasiu nach London abgereist.

Der Kampf mit den kurdischen Banden.

Die Rolle Saideddins.

Nach den letzten Nachrichten aus Ankara haben die türkischen Truppen ihre Operationen zur Vernichtung der kurdischen Banden begonnen. Flugzeuge haben Ansammlungen der Banditen mit Bomben beworfen. Die Besatzungen der Grenzpostierungen haben sich in den Kämpfen besonders ausgezeichnet, sie mussten gegen eine starke Uebermacht fechten. Der „Akscham" schreibt hierzu: Bevor die Operationen an der Ostgrenze mit grösserem Nachdruck aufgenommen wurden, erwarteten die Rebellen eine Erhebung in den Ostwilajets. Es kann kein Zweifel mehr sein, dass die Einfälle auf türkisches Gebiet nach einem sorgfältigen Plan von langer Hand vorbereitet war. Es ist gewiss, dass hierbei der Sohn des Scheich Said und die Vereinigung „Hobion" die er gegründet hatte, eine traurige Rolle gespielt hat. Die Prozessverhandlungen gegen den Sohn des Scheich Said, die am 8. Juli wieder aufgenommen werden, werden die Wahrheit über die Vorkommnisse ans Licht bringen. Ein unter den Dokumenten der Vereinigung „Hobion" gefundener Brief fordert von den Mitgliedern die Unterstützung „der Revolutionäre, die von den Bergen herniedersteigen". Die Liste der kurdischen Mitglieder in der Vereinigung „Hobion" ist dem Generalstaatsanwalt beim Strafgericht in Ankara übermittelt worden. Die Angeklagten sind unterwegs, um am 8. Juli vor dem Gerichtshof in Ankara zu erscheinen.

Ankara, 6. Juli.

Die in El Asis und in Musch wegen der Teilnahme an den reaktionären Unternehmungen des Sohnes des Scheich Said Verhafteten werden am Sonnabend in Ankara eintreffen.

Die Unwetterschäden in Griechenland.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post").

Athen, 5. Juli.

Die Inspektoren des griechischen Landwirtschaftsministeriums, die die vom Unwetter heimgesuchten Gegenden im Auftrage des Ministeriums besucht haben, melden, dass die Schäden durchweg gering sind, ja, dass sogar in manchen Gebieten der Regen wohltuenden Einfluss auf die Entwicklung des Getreides gehabt habe. Nur in einigen Gegenden in Makedonien sind durch Ueberschwemmungen grosse Verwüstungen angerichtet worden, ferner in der Umgegend von Patras bis Pyrgos (Peloponnes). Hier hat besonders die Gegend um das Städtchen Gastuni gelitten, wo die Getreide- und Korinthenfelder in einer Ausdehnung von 100.000 Stremmata (1 Stremma — 10 Ar) vollständig vernichtet wurden und der auf 50 Millionen Drachmen berechnete Schaden wohl zu niedrig geschätzt wurde. Dagegen rechnet man in diesem Jahre bei dem bedeutendsten griechischen Landesprodukte, der Korinthe, mit einer durchaus guten Ernte. Diese wird auf 300 Millionen venetianische Pfunde geschätzt. Die Ausfuhr für das laufende Korinthenjahr, das am 1. September beginnt und am 31. August endet, dürfte gegen 150 Millionen v. Pf. erreichen, gegenüber 146 Millionen v. Pf. im Vorjahre.

Das Landwirtschaftsministerium beabsichtigt in diesem Jahre auch die Ausfuhr frischer griechischer Trauben nach dem Auslande zu fördern. Besondere Spezialisten, die die Verpackung der frischen Trauben die griechischen Exportleute lehren sollen, durchreisen die für die Ausfuhr in Betracht kommenden Gebiete, um die griechischen Packer entsprechend zu unterrichten. Weiter hat man besondere Eisenbahntransportwagen und Transportschiffe gebaut oder bereits in Auftrag gegeben. Man hofft, dass die an sich schon so berühmte griechische Traube bald den europäischen Markt und speziell den Mitteleuropas erobern dürfte und rechnet mit einem steigenden Absatz in Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei, Polen usw.

Die Schäden aus dem Unwetter in den Zweigen der übrigen Landwirtschaft werden insgesamt auf 20 pCt. geschätzt. Die einzelnen Getreidearten sind nach offiziellen Angaben wie folgt durchschnittlich betroffen worden: Korn 8 pCt., Hafer 5 pCt., 15 pCt. Roggen. Durch Fäulnis erreicht der Schaden des Tabak in verschiedenen Gegenden ungefähr 39 pCt. Falls der Regen nicht wieder einsetzt ist im Gegenteil zu den verbreiteten Nachrichten, die sogar von einer gänzlichen Vernichtung der griechischen Ernte sprechen, mit einer guten Ernte zu rechnen. Für manche Gegenden und für verschiedene landwirtschaftliche Produkte wurde sogar ein wohltuender Einfluss des Regens festgestellt.

Die einzelnen, von dem Unwetter besonders schwer betroffenen Landwirte Thessaliens, Epirus, Peloponnes und Makedoniens wird die Landwirtschaftsbank besondere Kredite eröffnen.

Im Augenblick der Niederschrift dieses Berichtes haben erneut starke Regen eingesetzt, die um diese Jahreszeit zu den Seltenheiten in Griechenland gehören. Inwieweit diese neuen Regen schädlichen Einfluss auf die griechische Landwirtschaft ausüben, kann erst nach Eingang der offiziellen Meldungen beim hiesigen Landwirtschaftsministerium festgestellt werden.

Bestätigung des Urteils gegen den Exdiktator Pangalos.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post").

Athen, 6. Juli.

Der griechische Senat hat das gefällte Urteil über den Exdiktator Pangalos bestätigt, das anlässlich des Prozesses des Kasinos in Eleusis gefällt worden war. Damit wird Pangalos seiner Charge im griechischen Heere verlustig. Der Rattenschwanz der Prozesse gegen den Exdiktator geht indes weiter und schon beginnt ein neuer Prozess gegen ihn wegen eines Abkommens zwischen der griechischen Firma Kirkinis und dem griechischen Staate.

Reval, 4. Juli.

Die Angelegenheit mit den bei Hungerburg an der Küste Estlands angeschwemmten Dokumenten des der Sowjetkriegsflotte angehörenden Schiffes „Kljus", die zu verschiedenen Gerüchten über den angeblichen Untergang dieses Schiffes geführt hatte, ist nunmehr aufgeklärt worden. An Bord des genannten Schiffes explodierte während der jetzt stattfindenden Manöver der Sowjetflotte ein Geschoss und die Explosion zerstörte die Kabine, in welcher die Dokumente aufbewahrt wurden, die über Bord geschleudert wurden. Das Schiff ist nicht untergegangen. Näheres konnte bisher nicht festgestellt werden.

68 englische Parlamentarier für Revision der Minderheitenverträge

68 Mitglieder des englischen Parlaments haben einen Aufruf zur Minderheitenfrage erlassen. Ihr Vorgehen gründet sich auf die Feststellung, dass die Regierung Grossbritanniens als Mitunterzeichnerin des Versailler Vertrages für den Schutz der europäischen Minderheiten mit verantwortlich sei. England und Frankreich haben auch die Minderheitenschutzverträge unterzeichnet und 1919 die Anerkennung der Schutzverträge zur Voraussetzung für die Errichtung z. B. des polnischen und tschechoslowakischen Staates gemacht. Unter ähnlichen Bedingungen haben die Grossmächte auch der Vergrösserung des serbischen und rumänischen Staatsgebietes zugestimmt. Der Aufruf der englischen Parlamentarier stellt fest, dass diese Schutzverträge völlig ignoriert worden seien. Als hervorstechender Beweis für diese Tatsache wird erwähnt, daß im Jahre 1929 der Völkerbundsrat nur 2 von den 42 Beschwerdeschriften der Minderheiten berücksichtigt. aber auch darüber nicht einmal eine Entscheidung getroffen habe. Die Denkschrift schließt mit einem energischen Apell an den englischen Ministerpräsidenten Macdonald. Er wird ersucht, im Namen der britischen Regierung dem Völkerbund vorzuschlagen, in der Vollversammlung vom September dieses Jahres eine besondere Kommission zu wählen, die untersuchen soll, ob und in wie weit die Minderheitenverträge durchgeführt sind. Diese Kommission soll dann sich durch eigenen Augenschein von der Lage der Minderheiten überzeugen und dem Völkerbund im Mai nächsten Jahres Bericht erstatten. — Der Aufruf dürfte von besonderer Bedeutung werden, schon deshalb, weil eine stattliche Anzahl englischer Parlamentarier dahinter steht, aber auch, weil sie die Oeffentlichkeit in nicht mißzuverstehender Weise auf die schwache Haltung des Völkerbundes in der Minderheitenfrage hinweisen.

Prozess gegen einen deutschen Pastor in Odessa.

Charkow, 3. Juli.

Vor dem Sowjetgericht in Odessa wird gegenwärtig ein Prozess gegen den Pastor Koch, Pfarrer an der evangelisch-lutherischen Kirche, geführt. Die Anklage behauptet, dass Pfarrer Koch unter den deutschen Bauern des Odessaer Kreises eine fortgesetzte Agitation gegen die Getreidebereitstellungen und Steuerzahlungen geführt habe. Besonderen Nachdruck legt jedoch die Anklage auf die Behauptung, der Angeklagte habe 1918 die deutschen Okkupationstruppen in der Ukraine „aktiv unterstützt" und nach deren Abzug einen Aufstand der deutschen Kolonisten gegen das Sowjetsystem mitorganisiert. Angeblich soll bei dieser Gelegenheit über 20 Landarbeiter und Kleinbauern ein Blutgericht abgehalten worden sein. Der Prozess hat in der deutschen Bevölkerung von Odessa grosse Erregung hervorgerufen, da mit der Möglichkeit eines Todesurteils gerechnet wird.

Letzte Telegramme.

Um Englands Indienpolitik.

London, 6. Juli.

In der nächsten Woche wird voraussichtlich von Seiten der britischen Regierung im Unterhause eine Mitteilung über die Politik in Indien gemacht werden. Zu gleicher Zeit soll dieselbe Mitteilung in Indien erfolgen. Ueber die Stellungnahme zu dem Simonbericht in Indien liegen ausser der ersten ungünstigen Aufnahme noch wenige Anzeichen vor.

In Burma wird die geplante Abtretung von dem übrigen Indien begrüsst unter der Voraussetzung, dass Burma eine Verfassung ähnlich derjenigen des irischen Freistaates gewährt werden wird. Man bedauert jedoch, dass die Simon-Kommission keinen Plan für die zukünftige Verfassung ausgearbeitet hat und verlangt die baldige Ernennung einer neuen Kommission, um diese Frage zu klären.

Steigende Unruhe in Polen.

Warschau, 6. Juli.

In Clojny bei Lodz haben Arbeitslose eine Protestkundgebung veranstaltet. Die Polizei musste von der blanken Waffe Gebrauch machen. Einige Demonstranten trugen Verletzungen davon. Mehrere wurden festgenommen. In Tokile bei Wilna kam es während einer Ablassfeier zu schweren blutigen Zusammenstössen zwischen Polizisten und Bauern, die in angeblich betrunkenem Zustande die Polizei angegriffen hatten. Die Polizei machte von der Schusswaffe Gebrauch. Eine Person wurde erschossen, mehrere trugen Verletzungen davon.

Weniselos.

Athen, 6. Juli (A.A.)

Der griechische Ministerpräsident Weniselos trat heute eine längere Reise an, die ihn zu den Inseln im Aegäischen Meer führen wird.

Wieder Erdbeben in Indien.

Kalkutta, 6. Juli (A.A.)

Der Distrikt Dinajpur wurde heute von einem erneuten Erdbeben heimgesucht. Mehrere Häuser in Dinajpur erlitten Beschädigungen; zwei Männer wurden schwer verletzt.

Der Kampf um ein Heiligtum.

Die Löfgren-Kommission an der Arbeit.

(Von unserem Berichterstatter.)

Jaffa, Ende Juni

Die auf Empfehlung des Shaw-Ausschusses von der englischen Regierung ernannte und vom Völkerbund bestätigte internationale Kommission zur Untersuchung und Entscheidung des Klagemauerstreits, der ja den direkten Anstoß zu den letztjährigen blutigen Ereignissen gab, ist am 19. Juni in Jerusalem eingetroffen und hat, wie schon seinerzeit die Shaw-Kommission, in dem deutschen Hotel „Fast" Wohnung genommen. Der Vorsitzende der Kommission ist das Mitglied des schwedischen Oberhauses Herr Löfgren, Führer der schwedischen liberalen Partei und von 1926-28 schwedischer Außenminister. Außer ihm umfaßt die Kommission den Schweizer Herrn Barde, Vizepräsident des Genfer Berufungsgerichts und Vorsitzender des gemischten österreichisch-rumänischen Gerichtshofes, sowie den Holländer Herrn van Kempen, liberales Parlamentsmitglied und früherer Gouverneur der Ostküste von Sumatra. Als Sekretär ist der Kommission Herr Sahlin von der schwedischen Gesandtschaft in Bern beigeordnet.

Die Kommission leitete ihre öffentliche Arbeit am 21. Juni durch einen Besuch der Klagemauer und des „Haram Esch Scherif" ein und hielt ihre erste Sitzung am 23. Juni ab. Von dieser Sitzung, auf der die Kommission mit den Vertretern des Großrabbinats und des Obersten Mohammedanischen Rats (den Körperschaften, denen die Vertretung der beiderseitigen Interessen übertragen wurde) offiziell Fühlung nahm, war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Es wurden vor allem Fragen der Verhandlungsprozedur besprochen und beschlossen, die weiteren Sitzungen in der Oeffentlichkeit abzuhalten und auch die Presse zuzulassen. Den Vorschlag des Vereins der Korrespondenten der ausländischen Presse, zur Vermeidung einer unnötigen Erregung der Bevölkerung die Oeffentlichkeit von den Sitzungen auszuschließen, lehnte der Vorsitzende ab. Im übrigen werden sich die Verhandlungen in den äußeren Formen eines Rechtsverfahrens abspielen. Mit der Vertretung der jüdischen Interessen sind die Herren Jellin, Mejuchas, Rabbiner Blau und Dr. Eliasch beauftragt worden, während als Hauptverteidiger der arabischen Sache Auni Bej Abdul Hadi figuriert, der soeben von Genf zurückgekehrt ist.

In seiner Eröffnungsrede berührte Herr Löfgren kurz die Vorgeschichte der Kommission und den ihr gewordenen Auftrag, um dann zu betonen, daß sie entschlossen sei, ihre Aufgabe völlig unparteiisch und so gründlich wie möglich zu erfüllen; sie hoffe dabei auf die Mitarbeit und den guten Willen der interessierten Parteien. Die Entscheidung der Kommission werde ausschließlich auf Recht und Billigkeit beruhen. Auf diese Rede antwortete Herr Jellin, der die Kommission bewillkommnete und erklärte, das einzige, was die Juden verlangten, sei das uneingeschränkte Recht, ungestört an der Klagemauer zu beten. Auni Bej, der danach das Wort ergriff, versprach Unterstützung der Kommissionsarbeit seitens der Araber, betonte aber mit Nachdruck, daß er nicht berechtigt sei, sich dafür zu verbürgen, daß die Mohammedaner der Welt die Entscheidung der Kommission als endgültig anerkennen werden. Die Klagemauer und ihre Umgebung sei unbestreitbar mohammedanischer Besitz, und die Juden hätten — wie alle Fremden — nur das ihnen freiwillig gewährte Recht, die Klagemauer zu besuchen.

Um was handelt es sich im einzelnen bei dem Klagemauerstreit? Die Klagemauer ist ein Teil der aus gewaltigen Steinquadern errichteten westlichen Stütz und Umfassungsmauer des gegenüber dem übrigen Jerusalem erhöht liegenden früheren Tempelplatzes, der jetzt „Haram Esch Scherif" heißt und auf